

Sigrid Skarpelis-Sperk

Vortrag gehalten auf der Tagung „Meilensteine deutsch-griechischer Beziehungen“ Athen, 16. und 17. April 2010

Griechenland und Deutschland – 40 Jahre persönliche und politische Erfahrungen

Die Aufgabe, die mir die beiden Initiatoren dieser Tagung, Herr Professor Chrysos und Herr Botschafter Schultheiß stellten, hätte ein gründliches Aufarbeiten historischer Quellen in den Akten der verschiedenen staatlichen Institutionen der beiden Länder, vor allem der Parlamente in beiden Ländern verbunden mit dem Aufarbeiten meiner mittlerweile bei der FES in Bonn liegenden Akten aus 25 Jahren Parlamentstätigkeit erfordert.

Beides war in der kurzen Zeit nicht zu leisten. Es bleibt ein unbefriedigendes Gefühl, viele bedeutsame politische und ökonomische Ereignisse in beiden Ländern nicht mit der gebotenen Distanz, sondern anekdotisch und kursorisch zu beschreiben. Gleichwohl will ich hier von persönlichen Erfahrungen berichten, die größere oder kleinere Gruppen von Griechinnen, Griechen und Deutsche mit mir teilen, die Bestandteil der Entwicklung beider Länder und ihrer gemeinsamen Beziehungen waren und Menschen, die wichtige Positionen in Deutschland oder in Griechenland ausfüllten.

Natürlich kann man bei einer solchen Aufgabenstellung nur einzelne Perioden oder wichtige Ereignisse herausgreifen, wie

- Die Zeit der Diktatur in Griechenland und des demokratischen Widerstandes im deutschen Exil
- Der Eintritt Griechenlands in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und in die EURO-Zone
- die Auflösung Jugoslawien und der Konflikt auf dem Balkan
- die Finanzkrise Griechenlands und die Krise der deutsch-griechischen Beziehungen der letzten Monaten

Die Zeit der Diktatur in Griechenland und des demokratischen griechischen Widerstandes im Exil fiel in Deutschland politisch mit der Zeit der großen wie der sozial-liberalen Koalition und der Studentenrevolte zusammen. Spannende und für viele Menschen wie auch für mich persönlich erfreuliche aber auch fordernde Zeiten:

Während der Streiks gegen die Hochschulgesetzgebung der bayrischen Staatsregierung begegneten sich der Student des Maschinenbaus Constantin Skarpelis, Hochschulreferent des ASTA der TU München und die Studentin der Volkswirtschaft Sigrid Sperk, stellvertretende ASTA-Vorsitzende der Universität München. Die Zusammenarbeit im Koordinationskomitee der Münchner Hochschulen führte zu einer beiderseitigen Wertschätzung, die Rückkehr des Studenten Skarpelis nach dem Militärputsch unter abenteuerlichen Umständen von einem Urlaub auf seiner Heimatinsel Syros nach Deutschland ließ uns in die Arme fallen und später heirateten wir. Nicht untypisch für viele junge griechische Akademiker und Akademikerinnen, „Gastarbeiter“ und Selbständige aus vielen anderen europäischen Ländern: „L' Europe se fait par l' Amour“ sagt ein schönes und wahres Wort.

der demokratische Widerstand der Griechinnen und Griechen im Exil hatten wegen der großen Zahl der griechischen „Gastarbeiter“ seinen Schwerpunkt in Deutschland. Die Zeit war abenteuerlich, für manche gefährlich, anstrengend und häufig von Sorgen und Nöten geprägt. Viele erinnern sich noch die Konzerte von Mikis Theodorakis und Maria Farandouri, die hunderte Zuhörer begeisterten, manche an die heimlichen Treffen, das Schleusen von illegalen und schwer gefolterten griechischen Widerständler in die skandinavischen Länder – aber auch an die Frage, wie sammeln wir Geld für die vielen Opfer, besorgen Aufenthaltsgenehmigungen und Stipendien, finanzieren eine Untergrunddruckerei in Griechenland und schaffen sie illegal und zerlegt nach Griechenland usf. Wer kümmert sich darum, dass hervorragende griechischen Gelehrte, Künstler, Widerständler die verhaftet oder im Untergrund waren, ausreisen durften, besser gesagt von der Militärjunta freigekauft wurden, um nur einen von den hunderten zu nennen - Professor Mangakis, der im Gefängnis zu erblinden drohte. Wer bezahlt die Menschenschmuggler, die Bedrohte, versteckt in den Gemüse- und Obstlastwagen über den Put in Jugoslawien nach Deutschland schafften? Und wer kümmert sich dann um die illegal eingereisten? Wer wehrt sich gegen die Propaganda der Rechten in Deutschland, dass die Junta doch nicht so schlimm, weil zuverlässig antikommunistisch sei, die mehr oder minder offene Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes und Verfassungsschutzes zumindest in Bayern mit den Generalkonsulaten und das Gewährenlassen ihrer Spitzel und Schläger in München.

Da mein Mann Constantin Skarpelis Vorsitzender von PAM in Deutschland war und auch andere Funktionen im griechischen demokratischen Widerstand bekleidete – Akis Tsochatsopoulos war in dieser Zeit Vorsitzender von PAK für Deutschland– war ich in einen Teil der Aufgaben unterstützend involviert. Soweit es meine Zeit als Assistentin am Staatswirtschaftlichen Institut der Universität München und dann an der Hochschule der Bundeswehr erlaubten. Viele Leute, die ich damals in unserer Wohnung kennenlernte (selten unter ihrem richtigen Namen) - später Minister, Abgeordnete oder in sonstigen wichtigen Funktionen - waren für die Abgeordnete des deutschen Bundestages später gut erreichbar.

Für mich waren das wichtige und prägende Erlebnisse: Zusammentreffen mit Andreas Papandreou, Fahrdienste für Mikis Theodorakis, Treffen mit Loudemis und vielen griechischen Künstlern und Sängern.

Der Widerstand hat sehr viele persönliche Freundschaften und Verbindungen zwischen Deutschland und Griechenland geschaffen und viele, die nach dem Ende der Diktatur aus Deutschland zurückkehrten, waren anschließend in wichtigen Funktionen in Staat, Regierung und Parlament: Karolos Papoulias, Konstantin Simitis, Anna Benaki, die Professoren Tsatsos und Mangakis u.v.a. mehr; unter den jüngeren aus diesen Kreisen Philippos Petsalnikos an erster Stelle zu erwähnen.

Ein nicht geringer Teil der verfolgten Griechen war in Deutschland geblieben, nicht nur weil sie dort verheiratet waren, sondern weil sie gut im Arbeitsleben integriert waren oder sogar in Führungspositionen der deutschen Gesellschaft hineingewachsen waren: ich meine die Tausende von Ärzten, Ingenieure, Rechtsanwälten, Professoren und Facharbeiter, die in Deutschland respektiert waren und es auch weiterhin sind. Einige ihrer Kinder haben es zu führenden Positionen in der deutschen Gesellschaft gebracht z.B. Michael Vassiliadis, der vor wenigen Monaten Vorsitzender der bedeutenden Gewerkschaft IG BCE wurde – Sohn eines Griechen und einer Deutschen. Die deutschen Gewerkschaften waren, was die Integration der zuwandernden Arbeitnehmer angeht, führend in Europa und haben im Gegensatz zu anderen Organisationen der Gesellschaft und des Staates ihre Aufgaben vorbildlich und ohne großes Aufsehen erledigt: der Kollege war im Betrieb gleichberechtigt, was die Vertragsbedingungen, die Arbeit und die soziale Sicherheit anging aber auch die Vertretung der Interessen im Betriebsrat und im Vertrauenskörper; übrigens in allen Gewerkschaften. Das Schöne war, dass es nicht eine Entscheidung von oben war- so wichtig Max Diamant und Vorstandsbeschlüsse waren, sondern die spontane und selbstverständliche Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Eine wichtige Rolle spielte damals auch die deutschen Medien und viele demokratische Journalisten, vier will ich hier als hervorragende Beispiele herausgreifen:

Pavlos Bakojannis, der in seiner Rolle als Leiter der griechischen Sendung des Bayrischen Rundfunk für viele Journalisten in Deutschland spielte und dessen wöchentliche Sendung eine Vielzahl von Kommentaren in der deutschen Presse beeinflusste und **Karolos Papoulias**, dessen Sendung im Deutschlandfunk eine der wichtigsten Quellen für die Griechinnen und Griechen zuhause war, sowie den Redakteur des Magazins der Spiegel und späteren Gründer der Athener ZeitungTsatsaronis. Für die deutschen Journalisten will ich beispielhaft Eberhard Rondholz erwähnen, der als Student und junger Journalist nach Athen reiste, um mutig über die Prozesse gegen die Teilnehmer des Polytechnion-Aufstandes zu berichten und daraufhin von der Junta ausgewiesen wurde.

Diese Zeit hat auch **viele Organisationen** in der deutschen Zivilgesellschaft entstehen lassen oder sie stark gefördert, z.B. die griechischen Gemeinden, die Vereinigung der deutsch-griechischen Gesellschaften und ebenso viele Vereine, Netzwerke und persönliche Verbindungen. Auch die gute Zusammenarbeit der griechisch-orthodoxen Kirche mit der evangelischen Kirche vor allem dem Diakonischen Werk stammen aus dieser Zeit, geführt von Metropolit Irenäus, aber auch belebt durch häufige Besuche des späteren ökumenischen Patriarchen Bartholomaios und seine persönliche Freundschaft mit dem Mitglied der evangelischen Synode und späteren deutschen Staatspräsidenten Johannes Rau.

Hier wurden Netzwerke und persönliche Verbindungen geschaffen, die über Jahrzehnte und Parteien hinweg hielten. Die breite Unterstützung für den griechischen Widerstand hat aber auch der deutschen Gesellschaft geholfen:

In der Empörung, dass ausgerechnet im Mutterland der Demokratie sich eine Militärjunta mit Unterstützung der NATO breit machte, haben wir, haben viele Deutsche den Wert der Demokratie, des Rechtsstaates und von Bürgerrechten, aber auch von Meinungsfreiheit und Zivilcourage besser würdigen gelernt, auch den Mut und die Zivilcourage von Tausenden „kleiner Leute“ aus Griechenland. Schade, dass die Geschichte des griechischen Widerstandes und seiner Unterstützerinnen und Unterstützer nicht geschrieben wurde oder wird. Sie wäre es wahrhaft wert, an künftige Generationen weitergegeben zu werden.

Die Griechinnen und Griechen, die länger bei uns in Deutschland lebten hatte aber auch Erfahrungen gemacht, die meines Erachtens später nicht unwichtig für Griechenland waren, ob es die **Entwicklung des griechischen Rechtsstaates** war, die **Abschaffung des Polizeistaates**, die demokratische Kontrolle des griechischen Militärs oder für die Entwicklung und Durchsetzung der **neuen griechischen Balkanpolitik** unter Karolos Papoulias als verantwortlichem langjährigen Außenminister Griechenlands. Diese Politik, deren Bedeutung in Europa kaum gewürdigt wird, musste z.T. gegen den entschiedenen Widerstand von Teilen der NATO und der USA durchgesetzt werden, schien doch eine Normalisierung der Beziehungen zu Bulgarien, ein Friedensvertrag mit Albanien und deutlich verbesserte Beziehungen zu Jugoslawien auch im Zeichen des abklingenden kalten Krieges als Anathema. Ich sehe hier Parallelen mit der **neuen Ostpolitik** Willy Brandts, der gegen massive innen- und außenpolitische Widerstände zu kämpfen hatte.

Diese Netzwerke und Beziehungen halfen auch später: wann immer es ein Problem gab, das man geräuschlos und wenn möglich informell lösen wollte – man wusste, wen man anrufen hatte. Und wusste man's nicht, fragte man die Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentarier-Gruppe im deutschen Bundestag, die wusste, wen sie um Rat fragen konnte – auf beiden Seiten. Es gibt eine guten Rat für solche Beziehungen eines „Back Channel“, wie mir Egon Bahr und der ehemalige Chef des Kanzleramts Horst Grabert mitgaben: „Hilf und halte den Mund“. An diese Regel will ich mich auch weitgehend halten,

denn der Erfolg hat immer viele Väter. Es sei aber deutlich gesagt, nicht nur die Griechen wollten Abklärung und Unterstützung.

Bei einem meiner Vorschläge will ich eine Ausnahme machen, seine Ablehnung war für mich eine bittere Niederlage:

Für mich, wie für andere in der Politik stellte sich die Frage, wie können wir Deutsche nach dem Unheil, den der Überfall und die grausame Besetzung durch die Nazis und die deutsche Wehrmacht in Griechenland angerichtet hatten, wenigstens durch ein großzügige Geste noch den härtest betroffenen Überlebenden helfen und gleichzeitig ein versöhnliches Signal für eine gute Zusammenarbeit in der Zukunft geben.

Mein Vorschlag ein deutsch-griechischer Zukunftsfond, finanziert zu 90 % von Deutschland und 10% von Griechenland – in der Konstruktion einem deutsch-tschechischen Beispiel folgend - war im Grundsatz, dem stellv. Vorsitzenden der SPD Hans Koschnick und der damals amtierenden Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin besprochen. Ich trug ihn auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Boll vor. Mit einem leise-positiven Echo bei den betroffenen Opferverbänden in Griechenland und Manolis Glezos. Einer seiner Bestandteile war ein großzügig bemessener Härtefond für Opfer und ein großzügiger Stipendienfond für Griechinnen und Griechen. Leider war die Reaktion aus den Auswärtigen Amt (BM Fischer) und dem Bundeskanzleramt (BK Schröder) ein deutliches Nein. Für mich eine versäumte historische Gelegenheit, ein bitteres Kapitel deutscher Geschichte nicht mit Gerichtsprozessen, sondern versöhnlich abzuschließen.

Diesen Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit folgten Jahre des allmählichen Desinteresses und dann des Stillstands und der Stagnation der deutsch-griechischen Beziehungen 2003 – 2006: die Beziehungen unterhalb der staatlichen Ebene waren übrigens häufig der einzige Anker, wenn helfen wollte, z.B. nach den Bränden auf der Peloponnes.

Mir ist übrigens bis heute unverständlich, wie sehr in Griechenland auch auf dieser Tagung, das Verbleiben so vieler ausgezeichneten Griechinnen und Griechen in Deutschland nur als Verlust und als Brain Drain angesehen wird. Für viele Griechen zuhause waren die Neuankömmlinge vielfach auch unerwünschte Konkurrenz und Besserwisser. Verlust für Griechenland waren die bei uns gebliebenen sicher auch – aber durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten und die billigeren und kürzeren Reisemöglichkeiten gibt es wesentlich bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Nutzung der gemeinsamen Fähigkeiten und des Wissens. Es wäre mir lieb, wenn wir statt der Paradigmen Brain Drain oder Konkurrenz lieber ein neues etablierten, ein „ System der kommunizierenden Röhren“ , das es systematisch zu entwickeln und aufzubauen gilt.

Für mich ist es ebenso unverständlich wie betrüblich wie sehr in Deutschland und erst recht in Griechenland die Nutzung und Belebung der deutsch-griechischen Netze vergessen wurde. Die offizielle Sicht allein auf die Brüsseler Kommission ließ in Griechenland wohl

vergessen, dass in Europa letztlich gegen eine „deutsch-französische“ Übereinkunft im Ministerrat in zentralen Fragen wenig durchzusetzen ist, erst recht nicht in ökonomischen und finanziellen Fragen. Brüssel ist wichtig – aber Berlin und Paris sollten nicht vergessen werden. Botschafter sind wichtig, aber Freunde an den richtigen Stellen noch wichtiger. Das ist keine Nebenaussenpolitik, sondern richtig verstandene europäische Innenpolitik.

Zurück zu den Zeiten der Diktatur: man heute getrost sagen, dass damals die deutsche Sozialdemokratie, die deutschen Gewerkschaften und die evangelische Kirche, eine wichtige Rolle in der Unterstützung nicht nur des Widerstandes, sondern auch der Gastarbeiter spielten. Man half, wo man konnte, auch wenn es unsere amerikanischen Freunde gar nicht gerne sahen (zur Erinnerung: Deutschland war damals nur ein teil-souveräner Staat). Das war nicht verwunderlich: ein Teil der sozialdemokratischen Führung war selbst im Exil gewesen oder hatte im Untergrund arbeiten müssen; für sie war die Hilfe selbstverständlich und Ehrensache - für Willy Brandt, wie Herbert Wehner, Hans Koschnick, Horst Grabert, Volkmar Gabert, um nur einige zu nennen – ob für die Spanier (Matthöfer), Algerier (Wischnewski), die Griechen (Börner, Eichel) oder die Chilenen (Koschnick). Die Friedrich-Ebert-Stiftung war häufig und nicht nur mit Stipendien hilfreich.

Diese Generation hat in Deutschland lange Politik gemacht und die öffentliche Meinung bestimmt. Sie, wir alle wollten ein Europa, das solidarisch füreinander einsteht, den Frieden aktiv organisiert und auch Schwächeren hilft – gerade aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs heraus - auch aus der Erkenntnis, wie leidgeprüft Griechenland war: zuerst die kleinasiatische Katastrophe mit ihren riesigen Flüchtlingsströmen, Militärdiktatur Metaxas, dann italienischer faschistischer Angriff und die Besetzung der deutschen Wehrmacht mit ihren mörderischen Folgen, danach ein entsetzlicher Bürgerkrieg mit den darauffolgenden für mitteleuropäische Länder untragbaren autoritären Regierungen und einem drückenden Polizeistaat. Geografisch weitgehend abgehängt durch den albanischen Steinzeitkommunismus Enver Hodschas im Nordwesten, Jugoslawien mit all seinen Problemen im Norden, das Warschauer Pakt-Land Bulgarien im Nordosten und einen bedrohlichen NATO-Nachbarn im Norden und Osten: die Türkei.

Die deutsche Politik, wir alle wollten helfen und ein befriedetes Europa an der Südostflanke Europas – auch und nicht zuletzt im deutschen Interesse.

Der Eintritt Griechenlands in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Konflikte auf dem Balkan im Gefolge der Auflösung der Republik Jugoslawien.

Der Eintritt Griechenlands im Jahre 1981 - übrigens auch nicht der spätere Eintritt Zyperns - wäre ohne die aktive Unterstützung Deutschlands und Frankreich nicht möglich gewesen. Jedermann wusste, dass Griechenlands ökonomische Basisdaten einen Eintritt eigentlich nicht erlaubten, ebenso wenig den später erfolgenden Eintritt der iberischen Halbinsel, vornehmlich Portugals. Die Entscheidung, Griechenland trotzdem aufzunehmen, war eine

gemeinsame deutsch-französische politische Entscheidung, bei der Helmut Schmidt öffentlich erklärte: Die objektiven Zahlen ließen es eigentlich nicht zu - aber Giscard d'Estaing und er hätten beschlossen, im Falle Griechenlands aus übergeordneten politischen Gründen eine Ausnahme zu machen. Man wollte Griechenland als politischen und ökonomischen Stabilisierungsfaktor und als Vorbild auf dem Balkan für demokratischen Wandel und politische Kontrolle des Militärs nach dem Ende der Junta. Sie wussten, ökonomische Daten und Fakten sind eminent wichtig – aber Politik muss auch die längerfristigen Folgen bedenken und Entwicklungschancen im Auge behalten und fördern – und auch ungemütlich bei der Verfolgung der Ziele werden.

Ich glaube, Helmut Schmidt hatte Recht und einen Laserblick – reduzierte Politik auf bloße juristische oder Banker- Argumente macht auch heute europäische Politik weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten hätten wir z.B. die deutsche Einheit auf einen späteren Termin zu verschieben gehabt und die DM wäre wegen ihrer desaströsen Auswirkungen auf die ostdeutsche Industrie auf keinen Fall sofort einzuführen gewesen. Wir haben es trotzdem gemacht und hatten anschließend den Preis für den Erfolg der westdeutschen Industrie und die De-Industrialisierung des nicht wettbewerbsfähigen Ostens Deutschlands durch jahrzehntelange, hohe innerdeutsche Transferzahlungen zu bezahlen. Manches, was wir in Deutschland bei uns an Erfahrungen gemacht haben, sollten wir uns in Erinnerung rufen, wenn wir als Deutsche über den „Club Med“ und die Griechische Wirtschaft abfällig sprechen und meinen Lektionen erteilen zu müssen.

Griechenland hat mit dem Eintritt wie andere Länder des europäischen Südens seinen Preis in Form von De-Industrialisierung gezahlt – aber durch die hohen Unterstützungszahlungen auch enorm durch die Unterstützung seiner Infrastruktur und die dadurch mögliche Belegung des Tourismus gewonnen. Auch der Absatz seiner Agrarprodukte – der besser sein könnte – war nur im Rahmen des Eintritts möglich.

Ich halte weiterhin dafür, dass die schnelle Anerkennung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens vor allem Kroatiens durch Deutschland ein Fehler war und dass zentrale Bedingungen für die friedliche Auflösung eines solchen komplexen Staatsgebildes, wie die Frage der Grenzen, der Staatsbürgerschaften, der Vermeidung von ethnischen Säuberungen und von offenem Raub und Zerstörung privaten Eigentums und des Aufbaus von „public und private governance“ vorher hätten geklärt werden müssen.

Griechenland hatte in diesem zerstörerischen Prozess die größten Lasten zu tragen: ob es die Unterbrechung des Puts, der Transport-Nabelschnur, die Griechenland mit Europa verband, das massive Ansteigen der Fahrpreise mit den Auswirkungen auf griechischen Exporte, die zusätzlichen Kosten für Polizei und Grenzpolizei für die Sicherung seiner Festlands-Grenzen und das massive Anwachsen der Kriminalität. Mich hat immer gewundert, warum Griechenland nicht umgehend eine Rechnung in Brüssel präsentiert hat- auch für die

zusätzlichen Kosten der Einführung des Schengen- Abkommens an seinen Landesgrenzen, den Außengrenzen der Union gegenüber einem unkooperativen Nachbarn: der Türkei.

Griechenland ist zwar weiterhin ein Land mit enormen wirtschaftlichen Gegensätzen innerhalb der EU – aber wer es vor und nach Juntazeiten besucht hat - weiß, welche großen Fortschritte das Land seither gemacht hat und wie sehr der Modernisierungsprozess des Landes fortgeschritten ist. Sicher, sie hätten besser sein können und müssen, wenn auch die Modernisierung der Administration und der gesellschaftlichen und politischen Strukturen, wie eine Abkehr vom Klientelismus gelungen wäre. Aber sie sind noch immer beachtlich, wenn man die von Außen auferlegten Erschwernisse in Form der Auflösung Jugoslawiens, der weiterhin permanenten Auseinandersetzung um Grenzen, die faktisch nur rudimentäre Herrschaft von Recht und Ordnung in großen Teilen des Balkan , die häufig nur dem Namen nach demokratischen benachbarten Regierungen sieht und zudem weiß, dass Griechenland mittlerweile den höchsten Anteil an Immigranten in der EU zu verzeichnen hat.

Griechenland hat in den vergangenen 15 Jahren eine zentrale Rolle als ökonomische Stabilisatorin und als Europas Dolmetscherin und Brücke zu dem Balkan gespielt und spielt sie noch immer. So sei auch nur kurz daran erinnert, dass schon in der zweiten Hälfte der 70 er Jahre grundlegende Reformen eingesetzt hatten, die Griechenland aus einem überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Land zu einer im Verhältnis zu seiner Umgebung im östlichen Mittelmeer zu einer modernen, dienstleistungsorientierten Wirtschaftsnation gemacht hat. Vor allem Tourismus, Handel, Schiffsverkehr und Finanzdienstleistungen spielten eine zunehmend wichtigere Rolle. Dies war zu einem großen Teil den – nicht immer voll und gut genutzten -Kohäsionsfonds der EG zuzuschreiben. Seit Mitte der 1990er Jahre befand sich Griechenland bis zum Ausbruch der weltweiten Finanzkrise auf einem robusten Wachstumspfad, bei dem extensive Infrastrukturinvestitionen und Großereignisse wie die Olympischen Sommerspiele in 2004 eine bedeutende Rolle spielten. Aber auch sein zunehmend bedeutsamer werdendes Engagement in der Region hat Griechenland gegenüber seinen Nachbarn ganz neu aufgestellt. Griechische Unternehmen wie Banken, Telekommunikation und Bauindustrie wurden schon vor dem Eintritt in die Eurozone zu den größten Auslandsinvestoren auf dem westlichen und östlichen Balkan. Thessaloniki entwickelte sich wieder zur heimlichen Hauptstadt des Balkans wie schon vor dem ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung aus der die Griechen publizistisch zu wenig gemacht haben.

Griechenland hat Anfang der neunziger Jahre als erstes EU Mitglied mit direkten Außengrenzen zu den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien die Chancen und Potentiale in der Region erkannt. Dies äußerte sich nicht nur in hoher Investitionstätigkeit, sondern ebenso in diplomatischen Aktivitäten. Wenn die neuen Staaten wie Serbien, Montenegro, Mazedonien und Kroatien einen Fürsprecher hatten, die Europäischer Perspektive dieser Länder zu formulieren, dann war das Griechenland, insbesondere unter dem Premierminister Simitis und seinem damaligen Außenminister G. Papandreou. Der EU

Gipfel von Thessaloniki in 2003 stellte erstmals ausdrücklich die Beitrittsperspektive der Nachbarländer fest.

Diese griechische Solidarität mit seinen Nachbarländern war beispielhaft für deren schrittweise Integration in europäische Strukturen und Institutionen. Seine Fortsetzung erfährt diese Solidarität heute durch die neue 2014 Agenda der Regierung Papandreou. Diese Kontinuität ist politisch gewollt und zeigt, dass Griechenland langfristig in der Region engagiert bleibt, und die Nachbarländer sich auf Athens Unterstützung verlassen können.

Griechenlands Erfolge hätten sicher größer bzw. seine Staatsschulden wesentlich geringer sein können, wenn es nicht mit einer Zusatzlast geschlagen wäre, von der kaum einer spricht:

Den hohen Verteidigungsausgaben, den höchsten in der NATO gemessen am BSP. Mit über 4% liegt Griechenland deutlich über Deutschland, das weniger als 1,5 % für Verteidigung ausgibt.

Wir vergessen dabei gerne, dass es insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie ist, die am Rüstungswettlauf im östlichen Mittelmeer, den sich weder die Türkei noch Griechenland leisten kann, am meisten profitiert. Die unappetitlichen Nebenerscheinungen, die bei Rüstungsgeschäften in aller Welt auftreten nicht zu vergessen:

Die permanente und schamlose Korruption, die in der Regel mit Beschaffungsaufträgen dieser Größenordnung einhergeht. Hier hätten beide Länder die Gelegenheit in einer guten Kooperation europäische Rechtsgeschichte zu schreiben – immerhin ist seit dem Jahre 2000 das Bestechen von Beamten auch fremder Länder strafrechtlich verboten und die Bestechungssummen nicht mehr steuerlich absetzbar.

Der Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone im Jahre 2002 zur Zeit der Regierung Simitis.

Wie schon beim Eintritt in die EWG haben Deutschland und Frankreich eine durchgehend positive Rolle gespielt, insbesondere Bundesfinanzminister Eichel. Geholfen hat sicher auch, dass der zuständige EU-Kommissar Prodi ein konstruktiver Begleiter des Prozesses war. Im Gegensatz zu all der offiziellen Abscheu und Empörung über die gemogelten griechischen Zahlen aus Brüssel und auch Berlin, ist mittlerweile klar, dass Griechenland informell seinen Bilanzschönungsprozess via Goldman/Sachs sogar EUSTAT übergeben hatte; alle Zuständigen in der EU über den „Auslagerungsprozess“ informiert waren –übrigens zwei Jahre später in der internationalen Finanzpresse allgemein nachzulesen. Das Problem war wohl eher, dass die Spitzen von EU und EU-Ministerrat es wussten, aber lieber den Weg des Bilanzschönens als den Weg von Helmut Schmidt /Giscard d’Estaing gehen wollten, die Öffentlichkeit voll zu informieren.

Übrigens, konnten Deutschland und Frankreich 2002/2003 auf die Unterstützung Griechenlands im EU-Ministerrat rechnen, als die EU-Kommission gegen beide Länder ein Vertragsverletzungsverfahren wg. Verstoßes gegen die Maastricht-Kriterien eröffnet hatte.

Es verlief natürlich – wie immer wenn große Länder die Regeln verletzen – im Sande. Und auch in Deutschland verringerte ein Bundesfinanzminister optisch das Staatsdefizit, indem der Postbankanteile an die staatliche KfW verkaufte; die nahm allerdings nur angemessene Provisionen dafür und nicht die wucherischen 20%, die Goldman/Sachs für die geräuschlose Abwicklung von den Griechen verlangte.

Die Weltfinanzkrise, die Finanzkrise Griechenlands und die Krise der deutsch-griechischen Beziehungen der letzten Monate.

Diese bisher so positive Rolle erweist sich im Gefolge der weltweiten Finanzkrise und der griechischen Finanzkrise als immer wichtiger und kritischer. Fällt Griechenlands Finanzwirtschaft und ich meine hier nicht nur die öffentliche Finanzwirtschaft, sondern auch die Banken, werden die jetzt schon hoch kritischen Folgen für die Realwirtschaft Griechenlands auch massive Auswirkungen auf die benachbarten Staaten auf dem Balkan haben, die schon bisher deutlich stärker betroffen waren als Griechenland.

An dieser Stelle kann ich nur cursorisch und holzschnittartig auf die Weltfinanzkrise, ihre Auswirkungen auf Europa und Griechenland eingehen. Das ist schade, weil die gesamte Debatte um die „griechische Tragödie“ in Deutschland auf einem bemerkenswerten niedrigen ökonomischen Niveau, unter Außerachtlassung der Komplexität der weltweiten Zusammenhänge geführt wird und nahezu ausschließlich mit den Argumenten der Chicago-School geführt wird. Im „Greek Bashing“ scheint bis heute eine ernsthafte Auseinandersetzung um **das zentrale Thema** zu Anfang dieses Jahrhunderts unterzugehen: Die Welt-Finanzkrise, ihre Ursachen, weltweite Abhilfe durch koordinierte staatliche Aktion aber auch wie weitere derartige Krisen verhindert werden können. Bisher habe ich eher den Eindruck, dass man den Esel (Griechenland) schlägt, um von den Ursachen, den notwendigen Re-Regulierungen des weltweiten Finanzsystems und der Frage abzulenken, wer denn die unglaublich hohen Schäden, die unverantwortliche Spekulation und Gier ausgelöst haben, letztlich bezahlen soll. Die Verantwortlichen gehen mit einer atemberaubenden Chuzpe vor, „sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“, um ein Wort von Talleyrand über die Bourbonen nach der Restauration zu zitieren.

Wegen der Kürze der Zeit nur einige kurze Thesen:

1. Die jetzige Weltfinanzkrise ist kein überraschendes Ereignis. Bedeutende Wissenschaftler und Nobelpreisträger wie Stieglitz und Rogoff haben vor der systemischen Instabilität deregulierter Finanzmärkte gewarnt, ebenso UN-Kommissionen wie auch eine Enquete-Kommission des deutschen Bundestages - vergebens. Es wurde dennoch unter Anführung der EU-Kommission weiter systematisch dereguliert und privatisiert, vor allem in GB und Deutschland.
2. Als die Krise ausbrach, haben Regierungen in aller Welt, um ein Desaster wie in der großen Depression zu verhindern, den Finanzsektor massiv gestützt. Allein in Europa wurden aus öffentlichen Kassen 3000 Mrd. EURO eingesetzt – nahezu ohne jegliche

Konditionen und Auflagen. Hilfen in solcher Höhe hat es in der Wirtschafts- und Finanzgeschichte der Welt noch nicht gegeben. Zudem pumpen und pumpen die Zentralbanken gewaltige Geldmengen nahezu zum Nulltarif in das Bankensystem, um nicht nur die Liquidität, sondern auch das Kreditsystem für die reale Wirtschaft zu erhalten. Die Banken leihen bisher diese Zinsen mit exorbitant hohen Margen als Kredite aus.

3. Um die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft abzuschwächen haben die Regierungen der meisten großen Volkswirtschaften riesige Stimulierungspakete aufgelegt. Als Folge dieser Maßnahmen sind die Staatshaushalte massiv in die Defizite gegangen und der Anteil der Staatsverschuldung am BSP ist in fast allen Ländern der Erde stark gestiegen: UK, USA, Japan aber auch Deutschland und Frankreich machen da keine Ausnahme. Der Finanzsektor kauft nun mit diesem zum Billigtarif von den Zentralbanken erhaltenen Geld Staatsanleihen mit deutlichen z.T. stark differenzierten Gewinnmargen auf. Die Deutsche Bank hat allein im 4. Quartal 2009 aus diesen Verkäufen einen Gewinn von über 3 Mrd. € gemacht.

Wenn also das Problem sprunghaft steigender jährlicher Defizite und das Ansteigen des Niveaus der Staatsverschuldung ein eher allgemeines Problem ist, warum trifft es dann Griechenland als erstes Land und mit solcher Wucht? Warum hat sich die Finanzspekulation gerade ein kleines Land ausgesucht? Die Antwort ist, dass nicht nur Griechenland von der Finanzspekulation attackiert wurde, auch das britische Pfund steht – nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte – unter vollem Abwertungsdruck. Aber auch die neuen Mitglieder der EU auf dem Balkan und Portugal ebenso wie Spanien stehen zunehmend unter Druck. Raubtiere suchen sich immer die vermeintlich leichtere Beute.

Es ist aber auch wahr, dass Griechenland eine Reihe von Systemischen Schwächen in seiner Wirtschaft und Gesellschaft aufweist, die es dringend und schon seit mehr als einem Jahrzehnt angehen muss: von der Bildungspolitik über die Steigerung von Produktivität und Innovation bis zum Gesundheitswesen, von den Renten bis zur allgemeinen Organisation der Administration und des Rechtswesens gibt es eine Fülle von Problemen, die dringend angegangen werden müssten. Aber die Leidtragenden des schlechten Funktionierens des Staates und seiner Dienstleistungen sind die Bewohner Griechenlands und nicht die Herren der Finanzmärkte. Dies wird häufig vergessen, wenn darüber lamentiert wird, dass Griechenland seine europäischen Partner hinteres Licht geführt habe. Dies ist leider teilweise wahr. Aber die ersten, die jahrelang hinteres Licht geführt wurden, und nun auch noch die Zeche dafür zu zahlen haben, sind die Griechen selber!

Es ist auch weniger die Höhe der Staatsausgaben die besorgniserregend wäre, die liegt mit 43,6 % im europäischen Schnitt, als deren ineffektive Verwendung, mit Korruption und Schattenwirtschaft als deren negativen Folgeerscheinungen. Besorgniserregend ist allerdings die niedrige Steuerquote von 20 % (Deutschland 23 %, OECD-Durchschnitt

27%) – aber es gab, als die vorige Regierung die Steuern senkte, nur Beifall von der EU-Kommission.

Ich persönlich glaube, dass man Griechenland als Ziel ausgesucht hatte, weil man meinte, leichter als in Portugal, Spanien, Italien oder gar Frankreich höhere Zinsen bei griechischen Staatsanleihen durchsetzen zu können. Ausgedacht, das weiß man ja mittlerweile durch die Untersuchungen der SEC und der Staatsanwaltschaft in New York haben sich das 25 große Finanzinstitutionen, Hedgefonds und Private Equity – Firmen, darunter wie fast immer Goldman&Sachs.

Statt dass die politischen Führungen Europas gegen ein solches Verhalten mit Aufsicht, Staatsanwaltschaft und der Androhung von Lizenzentzug vorgehen, haben sie beigesteuert und lassen sie den Finanzmoguln freie Hand. Für mich ist weder das Vorgehen von Barroso und Almunia noch das von Frau Merkel und Herrn Schäuble noch das von Herr Ottmar Issing verständlich.

Das Verhalten der EU-Kommission wie der Bundesregierung, zeigt mir eher ein Politikversagen: die Zuständigen waren und sind der anspruchsvollen Aufgabe einer effektiven Antikrisenpolitik offensichtlich nicht gewachsen – hoffentlich noch nicht. Das Bundesministerium der Finanzen hat durch sein Verhalten und sein schroffes Auftreten gegenüber Griechenland die Situation nochmals deutlich verschärft:

Zuerst wochenlanges Verschleppen durch die Propagierung von Vorschlägen wie dem EWF, der eine Vertragsänderung erfordert hätte – aller Erfahrung nach ein Verfahren von mindestens 5 Jahren Länge, dann wurden öffentlich von Griechenland „punitive“ Zinsen auf dem wucherischen Niveau der FinanzspekulantInnen verlangt, wobei jeder Kundige wissen musste und muss, dass dann die verlangte schnelle Konsolidierung keinesfalls erfolgen kann und schon gar nicht mit den aufgezwungenen Sparpaketen, die Griechenlands Wirtschaft notwendigerweise in eine tiefe Rezession führen werden. Desweiteren war aus Berlin zu hören, man könne aus Gründen der EU-Verträge und wegen des Deutschen Verfassungsgerichtes keine Hilfe an Griechenland, die Steuergelder erfordere, gewähren.

M.E. macht der Bundesminister der Finanzen dabei drei gravierende Fehleinschätzungen:

1. Jede erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage und erst recht ein Staatsbankrott, würde den deutschen Staat erheblich Geld kosten. Zum einen weil deutsche Banken nicht unerhebliche Mengen an griechischen Staatspapieren halten (etwa 30 Milliarden €), darunter vor allem die faktisch im Staatsbesitz befindlichen Commerzbank und HRE. Auch jede Abschreibung bei den gesünderen Banken kostet nicht unerhebliche Steuerausfälle. Eine allgemeine befristete Staatsgarantie für Griechenlands Anleihen, oder die Bereitstellung von koordinierten bilateralen Krediten durch Mitglieder der Euro-Zone unter Einschluss Deutschlands - wäre m.E. deutlich billiger. Die dieser Tage

angekündigte Kreditlinie geht in diese Richtung, ist mir allerdings immer noch zu teuer. Warum muss der Bundesfinanzminister an der Hilfe für Griechenland auch noch kräftig – 150 Millionen pro Jahr - verdienen? Ich frage mich auch, warum hat es so lange gedauert? Musste so viel Porzellan in dieser Zeit zerschlagen werden, vor allem in Berlin?

2. Werden im Wege dieses unkoordinierten, dilettantischen Prozesses der derzeit abläuft, die griechischen Banken und die griechische Volkswirtschaft noch weiter angeschlagen, so wird das zudem zu einem massiven weiteren Einbruch auf dem ohnehin schon massiv getroffenen Balkanregion führen, mit meines Erachtens schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die zu Unruhen, deutliche steigender Kriminalität und zu neuen Migrationswellen in Europa führen werden.
3. Deutsche Politiker geben auch öffentlich zu bedenken, dass man zu Griechenland hart sein müsse, um nicht Nachahmer z.B. auf der iberischen Halbinsel oder hinter der vorgehaltenen Hand Italien zu bekommen. Man müsse die Länder zur Disziplin zwingen – mit äußerster Härte. Für mich war die Prügelstrafe zu Abschreckung noch nie ein erfolgreicher pädagogischer Ansatz – und“ Prügelzinsen“, d.h. exorbitant hohe Spreads verletzen eine Ökonomie nur, sie helfen nicht aus der Misere. Dieselben Herren vergessen auch, dass der Auslöser der Krise nicht die Griechen, sondern die unverantwortlichen Finanzmärkte waren. Wenn also harte Maßnahmen fällig sind, dann wohl zuerst gegenüber diesen und ihren Managern. Davon höre ich wenig.
4. Ebenso wenig hört man davon, dass die gerademal drei Jahre zuvor, die OECD Griechenland dafür pries, die „second best performance of all industrialised countries“ zu zeigen, dank der strukturellen Reformen und das potentielle Wachstum auf 4 % schätzte. Verschwiegen wird, was Griechenland stärker als andere Länder in die Krise brachte: seine sinkenden Staatseinnahmen. Als Griechenlands konservative Regierung die Steuern senkte, war die EU-Kommission voll des Lobes. Dieselbe Kommission ist nun über die hohen Haushaltsdefizite indigniert.

Wenn aber der bisherige Weg von EU und Bundesregierung nichts taugt, stellt sich die **Frage nach den Alternativen**. Der bessere Weg wäre ein Paket von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen, unter den wichtigsten wären:

- Ein gemeinsame **EUROBOND**, um die Spekulation gegen die Staatsanleihen zu brechen und selbsterfüllende Katastrophenprophezeiungen im Ansatz zu entmutigen
- Erhebliche **europäische Investitionsprogramme** z.B. in den Bereichen Umwelt, Energie, Wasser, Bildung und Forschung sowie Innovationen, um die kontraktive Wirkung der erzwungenen Sparprogramme im Süden auf der Nachfrageseite wenigstens teilweise auszugleichen

- Ein **größeres gemeinsames europäisches Budget** mit mittelfristiger Perspektive, um gezielt den Balkan vor einem ökonomischen, sozialen und politischen Kollaps zu bewahren
- Eine **europäische Ratingagentur**, um das Monopol der angelsächsischen Agenturen zu brechen. Warum wir sie für kompetent halten, ist mir ohnehin rätselhaft, sie haben noch vor und in jeder Krise weitgehen versagt.
- Eine **Europäische Zentralbank**, die nicht nur den Unionsvertrag respektiert, sondern die **Liquidität und Solvenz der Mitgliedstaaten ebenso schützt** wie die des **privaten Bankensektors**. Die EZB hält und beleiht „toxic assets“ der privaten Banken; es ist kein Gnadenakt, sondern eigentlich selbstverständlich, wenn sie das den weit weniger toxischen Staatsanleihen auch gewährt.
- **Griechenland** – und auch der Türkei helfen – die **Verteidigungsausgaben** massiv zu reduzieren, auch wenn das der deutschen Industrie Aufträge kostet. Dazu gehört eine förmliche Garantie der Außengrenzen der EU bei einem unprovokierten Angriff durch die Mitgliedsländer der Union und eine diesbezüglich klare Ansage an die Türkei auf allen Ebenen. Auch die Türkei könnte bei der Beendigung dieses törichtem Rüstungswettlaufs nur gewinnen.
- Schließlich und wichtiger für die Zukunft Griechenlands und der Balkanregion - und das weiß die Führung dieses Landes auch: **Griechenland muss sich tiefgreifend ändern**, wenn es Zukunft haben will und das bisher erreichte, nicht verspielen. Vom Staat zur Wirtschaft, vom Erziehungswesen bis zur Gesundheit – aber noch wichtiger in seinem Selbstverständnis als Gesellschaft und dem Verhalten der Einzelnen. Ich sehe mit leisem Entsetzen, dass ein Teil der griechischen Eliten weitermacht wie bisher. Einige haben wie die Finanzeliten dieser Welt „Nichts aus der Krise gelernt und keine Unart vergessen“.

Was bleibt zu tun?

Deutschland und Griechenland verbindet eine tiefe Freundschaft – trotz der starken Belastungen der letzten Monate durch eine zum großen Teil kontrafaktische, ja schmutzig-pornografische Kampagne in deutschen Medien gegen „die Griechen“. Ich war fassungslos, hatte ich doch so etwas bisher nur in der angelsächsischen Boulevard-Presse erlebt. Schlimm war auch zu Beginn die Berichterstattung in der seriösen Presse: es gab um nichts in der Welt Positives über „die Griechen“ zu berichten. Die Antworten in Griechenland waren z.T. auf einem ähnlichen Niveau – und beides ist indiskutabel.

Dann griffen zuerst seriöse und bekannte, eher linke Ökonomen und die Gewerkschaften in die Debatte ein: so der Verdi-Vorsitzende Bsirske, DGB-Vorstand Claus Matecki und die namhaften Professoren Flassbeck (Chefökonom der UNCTAD), Bofinger (Mitglied des Sachverständigenrates) und Horn (Direktor des IMK, eines der 5 großen

Konjunkturforschungsinstitute Deutschlands). Der Ton in der Wirtschaftspresse wurde allmählich sachlicher. Die Politik schwieg zunächst in einem mir nicht verständlichen Maße. Ich glaube nicht, dass man eine antipolnische Kampagne dieses Ausmaßes so lange hätte schweigend gewähren lassen. Die griechische Gemeinde und die Philhellenen waren für die öffentliche Diskussion nicht gewünscht und aufs Leserbriefe schreiben und Hintergrundgespräche mit namhaften Journalisten reduziert. Manche griechischen Kunstschaffenden haben sich allerdings in der deutschen Öffentlichkeit nicht durch Kompetenz in der Sache ausgezeichnet.

Das gibt also Anlass genug, darüber nachzudenken, was wir an Möglichkeiten haben angesichts eines großen und in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen gut präsenten Multiplikatoren mit über 300 000 dauerhaft in Deutschland lebenden Griechen, 45 000 Deutschen in Griechenland und den vielen Griechen, die längere Zeit in Deutschland gelebt, studiert und gearbeitet haben, diese negative Situation aktiv anzugehen und unsere Freundinnen und Freunde für eine bessere Zusammenarbeit beider Länder anzusprechen.

Hier liegt aber auch ein Problem, über das wir offen sprechen sollten:

in Deutschland und in Griechenland gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, über den Stellenwert und die Unterstützungsnotwendigkeit von zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Während sie in der Gesellschaft und Politik Deutschlands einen festen und unübergehbaren, anerkannten Teil bilden und hohe Wertschätzung genießen – ist das in Griechenland eher weniger der Fall. Vielfach werden solche Organisationen eher als Vorfeldorganisationen für politische Parteien gesehen oder als Bestandteil des Klientelsystems. Die politischen Parteien hatten sich deswegen auf die griechischen Gemeinden in Deutschland konzentriert – auch aber nicht nur um Stimmen bei Wahlen zu sichern.

Die Jahre 2003 – 2009 übergehe ich hier ausdrücklich – ich würde nur bitter. Den Kummer teile ich mit dem hier anwesenden ehemaligen griechischen Botschafter Kriekoukis – wir hatten öfter über die Situation gesprochen und waren in unseren Einschätzungen nie weit auseinander.

Aber auch die deutsche Seite – hier das Auswärtige Amt und die beiden großen Stiftungen wie Adenauer und FES zu nennen – haben in den letzten Jahren Griechenland vernachlässigt. Die Kulturabteilung hatte weder für Deutschland noch in Griechenland Mittel für eine auch nur leicht angemessene Arbeit zur Verfügung gestellt, und sich im Übrigen durch einen solchen Bürokratismus bei minimaler Mittelausstattung ausgezeichnet, dass viele z.B. unserer Mitgliedsgesellschaften, vor allem unsere professoral geführten lieber kräftig Geld aus eigener Tasche gegeben haben, statt sich mit dem Auswärtigen Amt abzuärgern.

Ich habe deswegen mit leicht aufkeimender Hoffnung gesehen, dass in der Gemeinsamen Erklärung vom 5.03.2010 in Berlin von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Giorgios Papandreou eine engere Zusammenarbeit auf 7 Gebieten beschlossen wurde:

Umweltpolitik, Energie- und Klimapolitik, Katastrophenschutz, Dialog der Wirtschaftsverbände, Forschungspolitik, Einwanderungs- und Asylpolitik, zivilgesellschaftliche Kontakte und kultureller Austausch.

Das ist gut und ein erster Ansatz. Mir fehlen allerdings wesentliche Punkte wie die Zusammenarbeit von Institutionen von Wissenschaft und Forschung und der Bereich der Bildungspolitik insbesondere eine Ausweitung von Stipendien. Ebenso angesichts der unbestreitbaren Problem Griechenlands bei der Modernisierung seiner sozialen und politischen/kommunalpolitischen Administration wie der Gesundheitsdienstleistungen eine Angebot von unserer Seite, falls gewünscht, mit Zusammenarbeit und Rat zu helfen. Warum nicht auch ein Dialog der Gewerkschaften wie der schon verabredete Dialog der Wirtschaftsverbände?

Meine Lieblinge in diesem Zusammenhang sind einem Teil der Zuhörer ja bekannt: eine deutliche Ausweitung von Stipendien, verbesserte Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit, sowie ein Aufforstungs- und Waldschutzprogramm für ganz Griechenland und nicht nur das Projekt Kaisariani, das unsere deutsch-griechischen Gesellschaften schon erfolgreich begonnen haben.

Ich bitte Sie alle an dieser Stelle mir Anregungen mitzugeben, da ich in dieser Frage einen Termin im Kanzleramt erbeten und zugesagt bekommen habe. Wir sollten diese Gemeinsame Erklärung als Ausgangspunkt und als Chance nützen, sie mit Inhalt und vor allem mit Leben zu erfüllen.

Wir alle haben die Verantwortung, die deutsch-griechischen Beziehungen zu beleben und sie wieder zu dem zu machen, was sie nach dem 2. Weltkrieg so lange waren und heute trotz aller Irritationen sind: ein fester Anker für die Freundschaft beider Völker und einer der stabilen Grundsteine für ein gemeinsames Europa.

Deswegen zum Schluss noch eine Überlegung:

Im Jahre **2014 jährt sich der Ausbruch der 1. Weltkrieges zum hundertsten Mal** – Anlass das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo. Der Balkan lieferte nicht zum ersten Mal in der europäischen Geschichte den Zündfunken, der die Pulverfässer der Aggressionen und Ambitionen explodieren ließ. Auch heute häuft sich auf dem Balkan als Folge der vielen ungelösten Probleme im Gefolge der Auflösung Jugoslawien und der massiv steigenden ökonomischen und sozialen Probleme als Folge der weltweiten Finanzkrise und der offensichtlich unzureichenden Europäischen Krisenpolitik und – koordination neuer Zündstoff an. Lassen sie uns nicht auf diesen Jahrestag warten, sondern beginnen wir schon vorher in Europa darüber nachzudenken, was wir durch zähe Arbeit von Diplomatie und Politik in der mit dem Aufbau der Europäischen Union erreicht haben – aber auch, was wir möglicherweise durch mangelndes Handeln in der Krise und durch Zuschauen auf dem Balkan wieder aufs Spiel setzen.

Europa kann nur in Frieden und Wohlstand leben, wenn sich auch vor seiner Haustüre Frieden, Freiheit, Recht und ein erträgliches Maß an Wohlstand ausbreiten. Dafür brauchen wir ein stabiles, erfolgreiches und auch nach außen handlungsfähiges Griechenland – denn ohne es gibt es keine dauerhafte Stabilität auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer.

Literatur:

Jens Bastian: Why the Greek Crisis Matters to Southeast Europe. AthensPlus, March 26th 2010.

Jens Bastian, Greece in Southeast Europe, Political Opportunities and Economic Challenges, Friedrich Ebert Stiftung, Februar 2010.

Peter Bofinger, Februar 2010, Vortrag gehalten auf der Jahrestagung des ZVEI, unveröffentlichtes Manuskript

Heiner Flassbeck, und Friederike Spiecker, Lohnpolitische Konvergenz und Solidarität oder offener Bruch, eine große Krise der EU ist nahezu unvermeidlich, Wirtschaftsdienst, März2010

Gustav Horn u.a., IMK Policy Brief 3/2010, Einseitige Exportorientierung belastet Wachstum – Frankreich besser als Deutschland

Ronald Janssen, Greek bashing is hiding the obvious: monetary union urgently needs economic union, Global Labour Column, CSID, University of the Witwatersrand, 12.Febr.2010

Sigrid Skarpelis-Sperk, Griechenland und Deutschland in der Weltwirtschaftskrise – Probleme und Herausforderungen, in : Hellenika, Jahrbuch der Vereinigung der deutsch-griechischen Gesellschaften, N.F. 4, 2009, S.1 ff...

Andrew Watt, A Greek Tragedy or a European Farce, Time to Re-Write the Script, in: Social Europe Journal, 02/2010

